

Vaduz, 26. Juni 2012

Ressort WIRTSCHAFT  
z.Hd. Dr. Martin Meyer  
Regierungsgebäude  
FL-9490 Vaduz

### **Stellungnahme zur ABGB-Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Regierungschef-Stellvertreter

Der Verein für Männerfragen bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung zum ABGB und nimmt Stellung wie folgt.

Grundsätzlich stimmen wir dem ABGB-Vorschlag zu. Dabei möchten wir es allerdings nicht versäumen, dass ein unbezahlter Elternurlaub wenig verdienenden Arbeitnehmern aus finanziellen Gründen keine Verbesserung bringt. In diesem Bereich braucht es einen bezahlten Elternurlaub, damit hier von echter Familienförderung gesprochen werden kann. Das Prozedere könnte sich anlehnen an bestehende Modelle wie bei der Wohnbeihilfe oder der Krankenkassenprämienverbilligung.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die unter Artikel 34a genannten Alterslimiten gestrichen werden. Ein Elternurlaub soll bezogen werden können bis zur Volljährigkeit des Kindes. Damit erhalten Eltern die Möglichkeit sich ihren Kindern intensiver zu widmen, beispielsweise wenn diese mit erheblichen Problemen in der Pubertät kämpfen. Gerade in diesem Alter und bei Jungen ist die Präsenz des Vaters von Bedeutung und soll im Rahmen der ABGB-Überarbeitung Berücksichtigung finden.

Entsprechend sind die Übergangsbestimmungen abzuändern.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows two handwritten signatures in black ink. The first signature is on the left, appearing to be 'Hansjörg Frick'. The second signature is on the right, appearing to be 'Dominic Brühwiler'.

Hansjörg Frick, Präsident    Dominic Brühwiler, Vice-Präsident